

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei



Staatsminister Thomas Kreuzer, MdL

ANLAGE 1 zu Drucksache Nr. 25/13
229. PA-Sitzung, 08.10.2013

Vorsitzenden des Regionalen
Planungsverbandes München
Herrn
Rainer Schneider
Arnulfstraße 60
80335 München

Ihre Nachricht vom 22.07.2013
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen A I 2 – 674 – 227 (10)

München, 20.08.2013
Durchwahl: 089 2165-2338

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Juli 2013 zu den Windkraftplanungen in der Region München.

Die Staatsregierung setzt das bayerische Energiekonzept im Einklang mit Natur, Landschaft sowie den berechtigten Belangen der bayerischen Bevölkerung um. Entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Bei Windkraftanlagen hängt die Akzeptanz entscheidend von deren Gesamthöhe und den entsprechenden Abständen zur Wohnbebauung ab. Wie Sie wissen, haben Bayern und Sachsen daher eine gemeinsame Gesetzesinitiative zur Änderung des Baugesetzbuches in Sachen Windenergie in den Bundesrat eingebracht. Den Ländern soll ermöglicht werden, einen angemessenen höhenbezogenen Mindestabstand bis zur nächsten Wohnbebauung festlegen zu können. Die Abstandsregelungen sind so auszugestalten, dass unter Berücksichtigung der Ziele der Energiewende ein gerechter Ausgleich zwischen der Förderung erneuerbarer Energien, dem Schutz von Natur und Landschaft sowie den Belangen der Bevölkerung erreicht wird. Dabei ist durch Übergangsre-

./.

gelungen sicherzustellen, dass Vertrauensschutzgesichtspunkte für in Planung befindliche Windkraftprojekte berücksichtigt werden. Ziel der Initiative ist es, auf Landesebene passgenaue Lösungen zu finden. Die Entscheidungsbefugnis über die Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen bleibt weiterhin bei den örtlichen Planungsträgern und Behörden. Bis zum Inkrafttreten dieser Regelungen sollen möglichst konsensuale Lösungen mit den Vorhabensträgern gefunden werden, bei denen auch Vertrauensschutzgesichtspunkte Berücksichtigung finden müssen.

Für Ihr Engagement zur Umsetzung der Energiewende danke ich Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Thomas Kunze in black ink.

Herrn Ministerpräsidenten
Horst Seehofer
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

München, 22. Juli 2013

Windenergie und Energiewende in Bayern

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands München hat sich am 09.07.2013 mit dem **Gesetzesantrag der Freistaaten Bayern und Sachsen zur Ergänzung des Baugesetzbuches bezüglich der Windenergie** befasst.

Die Region München zeichnet sich durch viele, fast flächendeckende kommunale Planungen mit der Festlegung von **kommunalen Konzentrationsflächen für Windenergie** aus. Diese Planungen sind bereits abgeschlossen bzw. weit fortgeschritten: Die Kommunen im Landkreis Starnberg haben ihre Planung abgeschlossen, die Kommunen in den Landkreisen Fürstentum, Dachau, Ebersberg, Erding, und Zusammenschlüsse von Gemeinden in den Landkreisen Landsberg am Lech und Freising sowie viele Kommunen im Landkreis München sind auf der Grundlage umfangreicher Planungen dabei, die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien zu fassen.

Mit den bisherigen Planungen der Kommunen in der Region München könnte die Region München einen **erheblichen Beitrag zur Energiewende in Bayern** leisten.

Sollte jedoch in Bayern zukünftig der zulässige Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung mindestens die 10fache Höhe der Anlage betragen (wie Berichten zu entnehmen war), wären in der Region München kaum noch Windkraftanlagen möglich.

Die **Einschränkung der Privilegierung von Windenergieanlagen** im Baugesetzbuch würde die Energiewende in der Region München gefährden. Die Pläne des Gesetzentwurfs nähmen den Kommunen de facto die Möglichkeit, auf örtlicher Ebene sorgfältig erarbeitete und mit den Bürgern intensiv diskutierte Konzepte zu beschließen und umzusetzen, und von der Energiewende zu profitieren.

Dass nicht immer alle Bürger einverstanden sind, ist richtig. Wer aber wäre besser legitimiert als die direkt gewählten Kommunalpolitiker, solche Entscheidungen zu treffen? Zumal es in den Gemeinden zusätzlich die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden gibt. Der Regionale Planungsverband München unterstützt die Planungen in seinen Mitgliedsgemeinden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, die geplanten Einschnitte für Windenergiestandorte zu überdenken.

Gerne stehe ich Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Schneider
Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München
Erster Bürgermeister der Gemeinde Neufahrn b. Freising

Abdruck an:

Herrn Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und Stellvertretender Ministerpräsident